

Schnellstmöglicher Verzicht der Verwendung von Glyphosat durch die Stadt Friedrichsdorf

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die Stadt Friedrichsdorf setzt mit sofortiger Wirkung um,

-auf den Einsatz des Herbizids „Glyphosat“ auf den selbst oder den von mehrheitlich städtischen Gesellschaften genutzten Flächen zu verzichten sowie den zur Nutzung überlassenen Flächen einen Verzicht glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel anzustreben bzw. auf den Verzicht einzuwirken

-die Einwohner, insbesondere die das Herbizid „Glyphosat“ nutzende Zielgruppe der Kleingartenbesitzer und privaten Gärtner, wegen der aktuell noch gegebenen uneingeschränkten Verfügbarkeit am Markt zeitnah über das Gefährdungspotential als Folge der Freisetzung zu informieren

-den Erlass des Hessischen Umweltministeriums aus dem Jahr 2015 bezüglich Verzicht des Einsatzes im Bundesland auf allen Öffentlichen Flächen zu bekräftigen und sich diesem gleichlautend anzuschließen

Begründung:

Trotz Meinungsverschiedenheiten im Bundeskabinett wurde die umstrittene Zulassung des Herbizids „Glyphosat“ auf Vorschlag der EU-Kommission im November 2017 inklusive der Zustimmung des geschäftsführenden deutschen Landwirtschaftsministers ohne vorherige Rücksprache mit dem Umweltministerium um weitere 5 Jahre verlängert. Es ist das laut Expertenbefragung von 2014 mit 30 % der Agrarfläche das am häufigsten verwendete Pflanzengift in Deutschland.

Selbst die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, also die Interessenvertretung der der industriell wirtschaftenden Landwirte fordert seit 2012, den Einsatz von Glyphosat in der industriellen Landwirtschaft zu reduzieren. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 5.330 Tonnen Glyphosat auf deutschen Äckern ausgebracht, 2012 waren es noch 5.941 Tonnen. Im privaten Bereich, also von Haus- und Kleingärtnerbesitzern, wurden 2014 insgesamt 95 Tonnen verwendet, 2012 waren es erst 40 Tonnen.

Im landwirtschaftlichen Bereich sinkt somit der Einsatz tendenziell, im privaten Bereich steigt er hingegen stark an.

Dabei gibt es aktuell mehrere Studien, die auf gesundheitsgefährdende Wirkung beim Menschen hinweisen und eine Reduzierung des Einsatzes notwendig erscheinen lassen.

Unabhängigen Untersuchungen von Lebensmitteln zufolge wurden bereits Rückstände in Brötchen und Mehl nachgewiesen.

In einer ersten und bislang einzigen europaweiten Studie des BUND und Friends of the Earth vom Juni 2013 wurde das Pflanzenvernichtungsmittel bereits im Urin von Menschen nachgewiesen. Aufgrund dieser Studie wird selbst von der Bundesregierung eine Hintergrundbelastung der Bevölkerung mit Glyphosat eingeräumt.

Einem Bericht der Internationalen Agentur für Krebsforschung, einer Organisation der WHO, aus dem März 2015 zufolge erhöht sich wahrscheinlich das karzinogene Potential beim Menschen über die Aufnahme glyphosathaltiger Lebensmittel und deren Abbauprodukt AMPA per Nahrung bzw. Einatmen beim Versprühen. Diese Untersuchung wurde auch oftmals in den Medien bei der Diskussion um eine Verlängerung der Zulassung genannt.

Weitere voneinander unabhängig erstellte Studien belegen, dass Gefahren für ungeborenes Leben und bedeutende Anstiege der Missbildungen bei Kindern in Gebieten mit intensivem Einsatz nachgewiesen wurden, insbesondere beim Anbau von Sojamonokulturen in Südamerika.

Ebenso gibt es Hinweise auf eine mögliche negative Beeinflussung des menschlichen Hormonsystems.

Neben den direkten Auswirkungen auf den Menschen wird in der Umwelt die biologische Artenvielfalt durch den Einsatz des Totalherbizids in Flora und Fauna eingeschränkt. Wegen der Vernichtung von Wildpflanzen sowohl auf und auch neben den Nutzflächen z.T. bereits vor der Vegetationsphase der Nutzpflanzen wird der Lebensraum für Insekten minimiert, was in einer bereits veröffentlichten Studie zum festzustellenden Insektenschwund von mehr als 75 % innerhalb der letzten 27 Jahre mündet. Glyphosat ist außerdem ein Wasserschadstoff und wird durch die Ausbringung zum Problem für Wasserlebewesen, wenn es in Bäche, Flüsse und ins Grundwasser gelangt. Bei lang andauerndem Glyphosateinsatz werden zudem die Krümelstruktur des Bodens und bodenfördernde Mikroorganismen (Mykorrhiza) zerstört.

Dabei ist Glyphosat alternativ u.a. durch stärkere mechanische Bearbeitung des Bodens mit flachem Pflügen oder vermehrtem Fruchtwechsel ersetzbar. Leider versucht der Hersteller Bayer/Monsanto aktuell, diese unabhängig erhobenen Fakten zu dementieren bzw. mit eigenen Ergebnissen zu entkräften, um weiterhin einen uneingeschränkten Einsatz in der EU zu erreichen.

Die Hessische Umweltministerin hat schon im Jahr 2015 in einem Erlass wegen der Nachweisbarkeit von Glyphosat in Muttermilch reagiert und angeordnet, auf öffentlichen Flächen (Plätzen, Sportplätze, Wegraine, Friedhöfe, Spielplätze etc.) auf den Einsatz zu verzichten.

Im Entwurf des Koalitionsvertrags auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD wurde am 07. Februar 2018 für die Legislaturperiode bis 2021 u.a. vereinbart, den Einsatz des umstrittenen Pflanzenvernichtungsmittels mit dem Ziel einer schnellstmöglichen Beendigung der weiteren Anwendung zu reduzieren.

Einige Städte in der Region wie Frankfurt, Hofheim und Bad Homburg haben bereits reagiert und die Verwendung des Mittels eingestellt. Dabei zeigt u.a. ein interner Beschluss des Kleingartenbauvereins Bad Homburg vom Dezember 2017 zum Verzicht auf Glyphosat, dass für private Anlagen und Kleingärten eine allgemeine Verbannung des Pestizids möglich ist.

Mit einer Beendigung des Einsatzes und parallel initiiertes veröffentlichter Information über die Gefahren von Glyphosat sollte die Stadt Friedrichsdorf als Vorreiter ein ökologisches Zeichen für eine artenreiche Natur setzen und einen eigenen Beitrag zur Verringerung der Ausbringung in die Umwelt auf lokalem Gebiet leisten.